

Der frühere Präsident Álvaro Uribe kritisiert seinen Nachfolger Santos scharf, weil dieser angeblich der FARC zu weit entgegenkomme und spricht davon, das Land werde an die FARC „verkauft“. Das Wochenmagazin SEMANA hatte nun Zugang zu Dokumenten, aus denen hervorgeht, dass Uribe während seiner beiden Amtsperioden permanent Kontakt zur FARC hatte und ihr Zugeständnisse anbot, die weit über das hinausgehen, was jetzt in Havanna zwischen Regierung und FARC verhandelt wird. Am 22.10.2014 berichtet SEMANA in ihrer Print-Ausgabe:

Die geheimen Unterlagen Uribes über die FARC

Während seiner achtjährigen Amtszeit suchte er Annäherung und machte Angebote, die großzügiger waren als die der heutigen Regierung im aktuellen Friedensprozess. Eine entmilitarisierte Zone, Sitze im Parlament, die Aufhebung der Auslieferung an die USA, die Anerkennung des bewaffneten Konflikts, bis hin zu einer Verfassungebenen Versammlung waren wie es scheint die Angebote, die Ex-Präsident Álvaro Uribe an FARC und ELN richtete, um einen Friedensprozess einzuleiten. Dies behauptete am Dienstag im Parlament Senator Roy Barreras, ein früherer Verbündeter Uribes und heute einer der Abgeordneten, die zum engsten Kreis um Präsident Santos zählen. An dem Tag, als Santos die Hand zu Uribe ausstreckte und einen Dialog anbot, um die Differenzen zum Wohl des Vaterlandes zu begraben, zeigten sich die Abgeordneten der Unidad Nacional (Parteienbündnis von Präsident Santos) wütend über den früheren Präsidenten und griffen ihn im Plenum systematisch an. Anlass dazu war ein polemisches Dokument, das Uribe und seine Partei Centro Democrático am Wochenende veröffentlicht hatten unter dem Titel „Die 52 Kapitulationen der Regierung in Havanna“, und in dem Widerspruch erhoben wird zu den bereits veröffentlichten Teilabkommen zu den ersten drei Punkten der Verhandlungsagenda von Regierung und FARC. Die mit Santos verbündeten Abgeordneten „zerstörten“ nicht nur das Dokument, sondern gingen weiter und enthüllten die Annäherungsversuche Uribes an die FARC während seiner Regierungszeit. Beispielsweise kam zur Sprache, dass Uribe, obwohl er sich wegen seiner harten Hand gegenüber der Guerrilla und einer Politik der Sicherheit durch militärischen Druck hatte wählen lassen, schon in seinem ersten Amtsjahr Annäherungsversuche gegenüber der Guerrilla billigte.

Die ersten Schritte

Brief Uribe die Versöhnungskommission ein und bat um Hilfe der katholischen Kirche bei der Suche nach Frieden mit der Guerrilla und den Paramilitärs. Das war der erste Schritt.

Ein Jahr darauf, im Oktober 2003, bat Präsident Uribe Monsignore Luis Augusto Castro und Pater Darío Echeverry um Kontaktaufnahme zur FARC. 2004 trafen sich beide mit Rodrigo Granda und Raúl Reyes am Putumayo-Fluss und schlugen ihnen im Namen der Regierung vor, eine humanitäre Regelung zur Befreiung der Geiseln der FARC vor.

Die Verbindung zu Catatumbo

Der nächste Schritt folgte im Dezember 2004. Henry Acosta, ein Unternehmer, der Mitschüler von „Pablo Catatumbo“ gewesen war, traf sich mit Luis Carlos Restrepo, dem damaligen Friedenskommissar der Regierung, im Haus eines Senators. Sie vereinbarten, Acosta solle gegenüber Catatumbo das Interesse der Regierung bekunden, ein Treffen mit der FARC „von Angesicht zu Angesicht“ durchzuführen. Eineinhalb Jahre vergingen, bis im Juni 2006 Präsident Uribe im Präsidialamt den Verbindungsmann Henry Acosta empfing. Das Gespräch, an dem auch Luis Carlos Restrepo teilnahm, dauerte 30 Minuten. Zwei Wochen danach traf Uribe in Cali Acosta, Restrepo und Julieta López, die Ehefrau Acostas.

Aus diesem Gespräch stammt die berühmte Idee, Catatumbo einen Briefentwurf zukommen zu lassen. Darin wird signalisiert, man könnte „Verhältnisse schaffen, um eine Zone des Zusammentreffens zu entmilitarisieren“. Ferner könne man die Position der Regierung hinsichtlich der Auslieferung gesuchter FARC-Leute an die USA diskutieren, falls es zu einem Friedensprozess und der Einstellung der Feindseligkeiten käme. Außerdem wird die damalige Haltung der

Regierung in dem Schreiben dargestellt.

Der Brief enthielt zudem eine Überraschung. Die Regierung Uribe hatte bis dahin stets die Existenz eines bewaffneten Konflikts geleugnet und die These vertreten, in Kolumbien existiere eine Bedrohung durch den Terrorismus. Dies wurde später zu einem Punkt der Meinungsverschiedenheiten zwischen Uribe und Santos, weil der Ex-Präsident sich nun dagegen wandte, dass das Gesetz über die Opfer genau dies anerkennt.

Acosta überbrachte den Brief im Juli 2006. Im September erklärte Acosta, er habe den Brief übergeben, aber weder positive noch negative Antwort erhalten.

Trotzdem überbrachte Acosta in Oktober 2006 Catatumbo den von Uribe gebilligten Vorschlag, eine technische Kommission solle ein 868 km² großes Gebiet festlegen, das entmilitarisiert werden solle und das die Gemeinden Florida und Pradera im Departement Valle de Cauca umfasste. Auch legte Acosta Catatumbo einen Bericht mit dem Titel „Spielregeln für die entmilitarisierte Zone“ vor.

Die entmilitarisierte Zone

Das Jahr 2007, das 7. Amtsjahr Uribes begann mit der Bereitschaft, Sicherheitsmaßnahmen für die Delegierten der „befreundeten Länder“ Frankreich, Schweiz und Spanien zu treffen, um ihnen zu ermöglichen, über die Berge zu reisen und sich in der entmilitarisierten Zone aufzuhalten. Man stellte militärische Operationen in einem dafür vorgesehenen Korridor ein.

Im Oktober 2007 wurden die Sondierungen Acostas unterbrochen. Das kann man dem Schreiben entnehmen, das Friedenskommissar Restrepo an die damalige Direktorin der Geheimpolizei DAS, María del Pilar Hurtado richtete und dem er als Anlage den Schlussbericht Acostas hinzufügte, in dem es hieß: „In der Absicht, der Vermittlungsarbeit von Senatorin Piedad Córdoba und Präsident Hogo Chávez von Venezuela Priorität beizumessen, wird der Kommunikationskanal zu Pablo Catatumbo unterbrochen“.

Die letzten Versuche mit der FARC

Im Jahr 2009, in der Endphase der Regierung Uribe, wurde die letzte Strategie vorangetrieben, diesmal angeführt vom neuen Friedenskommissar Frank Pearl, der zuvor zurückgetreten war, sich in der Politik zu betätigen, als er kurzzeitig Parteivorsitzender der Partei U war.

In diesem Moment, nach der Freilassung Entführter durch die FARC, die durch Kontakte der Regierung Uribe möglich geworden war, erwog Frank Pearl die Möglichkeit, ein geheimes Sondierungstreffen im Ausland zu organisieren. Mit dieser Idee reiste er am 10. November 2009 nach Brasilien und traf sich mit Außenminister Amorim. Brasilien nahm den Vorschlag an.

Zwischen November 2009 und Februar 2010 arbeiteten Regierung und FARC daran. Ein Treffen abzuhalten mit logistischer Unterstützung Brasiliens und des Roten Kreuzes.

Am 5. März 2010, weniger als vier Monate vor Ende seiner Amtszeit, beauftragte Uribe Pearl damit, einen Brief an Alfonso Cano und Pablo Catatumbo zu senden, in dem das Interesse an einem geheimen direkten Treffen in Brasilien erneut betont wurde. Am 25. März 2010 legte die brasilianische Botschaft in Kolumbien Pearl eine Liste mit vier Möglichen Orten für ein geheimes Treffen vor: Cachimbo, Boa Vista, Porto Velho und Hermosa. Dies war die letzte Episode der Suche nach Frieden durch die Regierung Uribe.

Zu dieser „Inventarliste“ sagte Senator Barrera, Uribe habe „der FARC alles angeboten“, und zwar mehr, als Santos ihr angeboten habe. „Warum war Ihr Frieden gut, und warum ist jetzt verhandelte schlecht?“, fragte er.

Uribe antwortet

Uribe zögerte nicht mit einer Antwort und sagte, die hier aufgezählten Episoden seien öffentlich bekannte Tatsachen, und wogegen er sich wende sei die Form, in der der Friedensprozess ablaufe. Der frühere Präsident gab zu, der FARC Parlamentssitze angeboten zu haben, jedoch sei dies im Rahmen der Gültigkeit der Verfassung von 1991 geschehen, d.h. Sitze nur für jene, die politische Straftaten begangen hätten.

Auch habe er die Reduzierung von Haftstrafen befürwortet und dass einfache Guerrilleros keine

Haftstrafen verbüßen müssten. Dagegen habe Santos nichts darüber gesagt, ob Verbrecher gegen die Menschlichkeit wählbar werden sollten oder nicht.

Weiter erklärte Uribe, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone sei ein Vorschlag Frankreichs, der Schweiz und Spaniens gewesen, die FARC jedoch vor dem Vorschlag zurückgewichen sei unter dem Vorwand, man habe sie nicht konsultiert.

Er erwähnte auch, er habe der FARC angeboten, dass ihre Leute aus den Gefängnissen ins Ausland entlassen werden könnten und dass Frankreich zur Aufnahme bereit gewesen sei, und dass jene, die im Inland bleiben wollten, an Programmen zur Wiedereingliederung teilnehmen müssten und sich nie erneut der FARC anschließen dürften.

Uribe, der den Friedensprozess kritisiert hat und der die bisher erreichten Vereinbarungen in Frage stellte, musste sich im Parlament einer Debatte stellen. Und er musste es ertragen, dass die Abgeordneten, die einst seine Verbündeten waren, ihm jetzt eine Vergangenheit vorhielten, die ihm zuzurechnen ist.